

15.09

Abgeordneter Mag. Gerhard Kaniak (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Hohes Haus! Ich habe die aktuelle Debatte nun gut 2 Stunden lang verfolgt und muss sagen, es ist unglaublich, wie hier von ehemaligen Bundesministern bei richtiger Analyse der Situation die eigenen Leistungen der Vergangenheit derart verklärt dargestellt werden.

All die Probleme, die Sie hier angeführt haben, die Pensionierungswelle, vor der die Ärzteschaft steht, die Probleme bei der Besetzung von offenen Kassenstellen im ländlichen Bereich und auch die langen Wartezeiten auf Facharzttermine, sind keine drohenden Entwicklungen, wie Sie geschrieben haben, sondern nach zehn Jahren sozialistischer Verantwortung im Gesundheitsressort leider Gottes Realität in unserem Gesundheitssystem. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Die von Ihnen, Frau Kollegin Rendi-Wagner, Herr Stöger, diplômé, angeführten Maßnahmen, die Zielsteuerungskommissionen, das Primärversorgungsgesetz, waren gut gemeinte Gesetze, ein Versuch, in die richtige Richtung zu gehen. Haben Sie sich aber schon einmal angesehen, ob diese Maßnahmen auch tatsächlich gegriffen haben? – Ich denke, Ihr heutiger Dringlicher Antrag zeigt, dass Sie festgestellt haben, dass diese Maßnahmen nicht die gewünschten Erfolge gebracht haben. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Sie haben schlicht und ergreifend in Ihrer politischen Verantwortung und Aufsicht versagt, Sie haben es verabsäumt, die jungen Medizinabsolventen im Land zu halten. Stattdessen nehmen über 50 Prozent der Studenten nach erfolgreich absolviertem Studium keine ärztliche Tätigkeit in Österreich auf und gehen ans Ausland verloren. Sie haben vollkommen ignoriert, dass die Rahmenbedingungen und Kassenverträge für die niedergelassenen Ärzte immer schlechter und unattraktiver geworden sind. *(Abg. Rendi-Wagner: ... nichts zu machen für die Zukunft! Für die Zukunft! Nicht in die Vergangenheit schauen!)* Sie haben, ohne mit der Wimper zu zucken – Frau Kollegin Rendi-Wagner, vielleicht hören Sie kurz zu! –, in Kauf genommen, dass die wohnortnahe Versorgung immer weiter ausgedünnt wird und die Patienten ins Spital und in die wahlärztlichen Ordinationen getrieben werden. Das alles haben Sie zu verantworten. *(Beifall bei Abgeordneten von FPÖ und ÖVP.)*

Ich frage mich, wie Sie sich überhaupt selber noch in den Spiegel schauen und herstellen und solche Unwahrheiten behaupten können, nämlich dass die jetzige Bundesregierung verantwortlich für Missstände sei, die Sie in den letzten zehn, zwölf Jahren verursacht haben. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Ich bin selber seit 12 Jahren Apotheker und im niedergelassenen Bereich tätig. Ich habe viele junge Freunde, die Ärzte sind, die damals, als auch ich mit meiner Berufstätigkeit begonnen habe, eine selbstständige Tätigkeit als Kassenarzt angestrebt haben. Keiner von ihnen hat damals eine Chance gehabt, einen Kassenvertrag zu bekommen, weil einfach keine Neuverträge vergeben worden sind und wir damals noch die Situation hatten, dass es relativ viele Ärzte gab. Heute möchte kein einziger von diesen jungen Ärzten einen Kassenvertrag aufnehmen. Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum? – Sie haben das einfach verabsäumt, den Sozialversicherungen in der Selbstverwaltung das Heft des Handelns überlassen und all diese Verschlechterungen billigend in Kauf genommen.

Es liegt nicht nur an den Honoraren der Ärzte, dass sich keiner findet, der einen Kassenvertrag annehmen möchte. Es liegt auch an den Einschränkungen in der Therapiefreiheit. Wir hatten im Gesundheitsausschuss eine Debatte um die Anwendung von medizinischem Cannabis. In Oberösterreich besteht die Situation, dass kein einziger niedergelassener Arzt diese neuartige Therapie verordnen kann, sondern Patienten in die Schmerzzambulanz nach Linz fahren müssen, damit sie diese Verordnung überhaupt bekommen.

Es besteht ein zusätzlicher bürokratischer Aufwand, nicht nur über die Datenschutz-Grundverordnung und Elga, sondern auch aufgrund der Dokumentation gegenüber den Sozialversicherungen, die viele Kollegen abschreckt. Wir haben eine rechtliche Unsicherheit betreffend Therapie, erhöhte rechtliche Risiken für die Ärzte.

Was für mich vollkommen unbegreiflich ist, ist, dass es in der Vergangenheit im Rahmen der Kassenverträge für die niedergelassenen Ärzte Leistungsdeckelungen gab. Sie (*in Richtung SPÖ*) haben heute sehr blumig das Beispiel Diabetes gebracht, wie wichtig die Prävention und Betreuung von Diabetikern als Kennzahl ist. In meinem Bezirk gibt es einen Arzt, der auf diese Thematik spezialisiert ist. Diese Leistungsdeckelungen haben dazu geführt, dass der Arzt seine Patienten, die Diabetiker, die er betreut, gar nicht lege artis untersuchen und die Langzeitzuckeruntersuchungen regelmäßig durchführen kann, weil die Krankenkasse diese Leistung deckelt. Er kann sie gar nicht allen Patienten in dem vorgeschriebenen Zeitrahmen zukommen lassen.

Das sind Probleme, das sind Hürden, angesichts derer sich ein junger Arzt zu Recht fragt: Wieso sollte ich diesen Kassenvertrag annehmen? Da arbeite ich doch lieber als Wahlarzt, da bin ich an diese ganzen Vorgaben und Einschränkungen nicht gebunden! – Das müssen wir ändern, und das ändern wir auch! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Die jetzige Bundesregierung hat mit der Reform der Sozialversicherungen die dringend notwendigen Anreize geschaffen, Kassenverträge wieder neu aufzunehmen. Es steht eine Neuverhandlung und Harmonisierung der Honorarordnung an, die auch deutliche Verbesserungen für die Kassenärzte bringen wird. Wir schaffen Innovationsfonds, die Mittel zur Attraktivierung von schwer besetzbaren Landarztstellen zur Verfügung stellen können, ähnlich dem Modell in der Steiermark, das heute schon präsentiert worden ist. Wir haben im Dezember eine Änderung im Ärztegesetz beschlossen, sodass es nun die Möglichkeit der Ärzteanstellung durch Ärzte gibt, damit die persönliche Arbeitsbelastung niedriger wird und neue Möglichkeiten der Gruppenordination geschaffen werden. Wir haben eine rechtliche Absicherung für Ärzte bei der Behandlung von Sterbenden geschaffen – auch das ist aus meiner Sicht ein wesentlicher Schritt, um Ärzte zu entlasten und die Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit zu verbessern.

Im Bereich der Ausbildung haben wir vieles getan. Wir haben die von Kollegin Rendi-Wagner angeführte und etwas lahm begonnene Lehrpraxis deutlich aufgewertet, die Finanzierung sichergestellt und in Oberösterreich sogar die Möglichkeit geschaffen, diese Lehrpraxis bereits während des Studiums zu absolvieren.

Wir haben noch viele, viele weitere Maßnahmen geplant. Wir werden die Allgemeinmedizin aufwerten und weiter stärken. Wir werden die Primärversorgungszentren durch die neuen Investitionsanreize endlich flächendeckend etablieren, etwas das Ihnen, Frau Kollegin Rendi-Wagner, in der anvisierten Zeit nicht gelungen ist. Wir planen eine weitere Entlastung der Ärzte durch eine Aufwertung der unterstützenden Gesundheitsberufe. Ich möchte da nur die Klinische Pharmazie als Beispiel anführen, betreffend die ich sehr viele konstruktive Gespräche mit den Spitalsbetreibern und auch mit der Pharmazeutischen Gesellschaft geführt habe. Wir wollen aber auch die Pflege entsprechend aufwerten und neue Möglichkeiten der Ausbildung und auch der Durchlässigkeit innerhalb der Pflegeberufe schaffen. Generell steht, was die Finanzierung und Organisation der Pflege anbelangt, eine große Reform bevor. Auch im Bereich der Versorgung durch die Apotheken steht mit der Novelle zum Apothekengesetz eine deutliche Verbesserung vor der Tür.

Nicht zuletzt haben wir im Rahmen der Digitalisierung mit der Einführung der Elektronischen Gesundheitsakte, des elektronischen Impfpasses und der Telemedizin, auch der Telereha, die wir kürzlich im Gesundheitsausschuss besprochen haben, sehr viele Maßnahmen gesetzt, die die Rahmenbedingungen für Kassenärzte, aber vor allem auch die Versorgungssituation für die Versicherten, für alle Menschen, die in Österreich leben, sowie die öffentliche, staatliche Gesundheitsversorgung verbessern werden. (*Präsidentin **Bures** übernimmt den Vorsitz.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vielen Maßnahmen, die wir treffen werden beziehungsweise schon im letzten Jahr getroffen haben, zeigen, dass im letzten Jahr in der Gesundheitsversorgung definitiv kein Stillstand geherrscht hat. Die zehn Jahre davor waren aus meiner Sicht (*Ruf bei der SPÖ: Aus der Apotheke!*) – nein, nicht aus der Apotheke – ein stetiges Verschlechtern der Versorgung, ein stetiges Wegsehen und Drücken vor den Problemen, die tatsächlich anstehen. Diese Politik, Frau Kollegin Rendi-Wagner, ist gescheitert und wurde abgewählt – endlich! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Endlich haben wir eine neue Bundesregierung, welche die notwendigen Reformen mit aller Entschlossenheit angeht und die Probleme der Zukunft lösen wird. Sehr geehrte Frau Bundesministerin, vielen Dank dafür! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

15.17

Präsidentin Doris Bures: Als Nächster ist Herr Abgeordneter Hoyos-Trauttmansdorff zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Abgeordneter.